Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937
1922

16 (16.1.1922) Erstes Blatt

Visual Library

Bezugspreis: in Karlsruhe frei ins Haus geliefert monatl. 12.50 M., in den Ausgabestellen abgeholt monatl. 10.50 Mk., auswärts durch unsere Agentur bezogen 12.50 M., monatl., durch den Briefträger frei ins Haus gebracht monatlich 11.— M., vierteljährlich 33.— Mk. Einzelverkauf Werktags 50 Pfg., Sonntags 60 Pfg.

Postscheckkonto: Nr. 9547 Karlsruhe.
Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle Ritterstr. 1.

Karlsruher Tagblatt

Anzeigen: die 9gesp. Nonpareillezeile oder deren Raum 2.65 M.; auswärts 3.— M.; Familienanzeigen u. Stellengesuche 1.90 M.; Reklamezeile 8.50 Mk., an erster Stelle 10.— Mk. Rabatt nach Tarif. Anzeig.-Annahme b. 12 Uhr mittags; kleinere Anzeigen spätestens bis 4 Uhr nachm.

Fernsprechanschlüsse: Geschäftsstelle Nr. 203. Verlag Nr. 21 und 297. Schriftleitung Nr. 20 u. 894. Hauptschriftleiter Nr. 19.

Badische Morgenzeitung — Mit der Wochenschrift „Die Pyramide" — Badische Morgenpost

Beilagen: „Wirtschafts- und Handelszeitung" / „Turn- und Sport-Zeitung" / „Unterhaltungsbeilage" / „Literaturbeilage" / „Für die Frauen" / „Die Scholle"

Chefredakteur: Hermann v. Laer. Verantwortlich für Politik: Fritz Ehrhard; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für das Feuilleton: Hermann Weick; für die „Pyramide" Karl Joho; für Inserate: Heinrich Schriever. Druck u. Verlag: C. F. Müllersche Hofbuchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion Dr. Richard Fischer, Berlin-Lankwitz, Mozartstr. 37. Telephon-Zentrum 423. Für unverlangte Manuskripte oder Drucksachen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist. Sprechstunde der Redaktion 11—12 Uhr vormittags.

119. Jahrg. Nr. 16. — Montag, den 16. Januar 1922 — Erstes Blatt.

Auslieferung der Kriegsbeschuldigten gefordert.

Das Gutachten des Ausschusses.

Paris, 15. Jan. Wie Havas mitteilt, hat der vom Obersten Rat eingesetzte Ausschuß zur Begutachtung der Urteile des Reichsgerichts Leipzig in den Kriegsschuldigtenprozessen einmütig beschlossen, dem Obersten Rat zu erklären, daß der Ausschuß der Auffassung sei, daß kein brauchbares Ergebnis zustande komme, wenn man dem Reichsgericht weitere Fälle unterbreite. Der Ausschuß sei infolgedessen einmütig der Ansicht, daß künftighin die deutsche Regierung die Angeschuldigten den alliierten Mächten zur Aburteilung auszuliefern habe.

Wie weiter aus Paris gemeldet wird, sagt das Gutachten des Ausschusses:

Das Reichsgericht in Leipzig habe bis jetzt neun Fälle erledigt, drei auf Veranlassung, einen auf Veranlassung der belgischen, vier auf Veranlassung der englischen Regierung und einen auf Ersuchen der deutschen Behörden. Die italienische Regierung habe vor einigen Monaten dem Reichsgericht die Aktenstücke mehrerer anderer Fälle unterbreitet. Ueber diese sei jedoch noch nicht geurteilt worden.

Was die Verhandlungen beim Reichsgericht anlange, sei der Ausschuß einmütig der Ansicht, daß das Reichsgericht sich nicht ausreichend bemüht habe, die Wahrheit ausfindig zu machen und in diesem Sinne dem Verlangen der alliierten Regierungen nicht Genüge geleistet habe.

Was die Urteile des Reichsgerichts in Leipzig betreffe, so gehe die einmütige Ansicht des Ausschusses dahin, daß das Gericht den gestellten Anforderungen nicht gerecht geworden sei, indem es gewisse Angeklagte freigesprochen habe, die hätten verurteilt werden müssen, und daß selbst in den Fällen, in denen die Angeklagten für schuldig erklärt wurden, die verhängten Strafen ungenügend gewesen seien. Die zweite Resolution besagt, daß nach einmütiger Auffassung des Ausschusses kein brauchbares Ergebnis zustande kommen werde, wenn man dem Reichsgericht weitere Fälle unterbreite. Der Ausschuß ist infolgedessen einmütig der Ansicht, daß künftighin die Bestimmungen des Artikels 228 des Friedensvertrages entsprechend der alliierten Note vom 7. Mai 1920 voll in Kraft gesetzt werden sollten und daß die deutsche Regierung ersucht werden solle, die Angeschuldigten den alliierten Mächten zur Aburteilung auszuliefern.

Reichsregierung und Auslieferungsbegehren.

J. Von unserer Berliner Redaktion wird uns gedrahtet:

Die Entschließung der interalliierten Kriegsbeschuldigtenkommission ist in den hiesigen politischen Kreisen vollkommend überraschend gekommen. Zwar muß betont werden, daß es sich vorläufig eben nur um eine Entschließung der unter militärisch-chauvinistischem Einfluß stehenden Kommission handelt, und daß die Entscheidung dem Obersten Rate vorbehalten bleibt. Aber man zweifelt nicht daran, daß die gerade in diesem Augenblick heraufgebrachte Entschließung nicht anderes als eine Fanfare Poincarés bedeutet, die entschlossene Kampfansage des Entente-Chauvinismus an die erfüllungsbereite deutsche Regierung. Die Wiederaufrollung der Kriegsschuldigtenfrage ist das Sinnbild des neu erwachten Willens, das Programm der Ruhrbesetzung unter allen Umständen durchzuführen; denn man weiß in Paris, wie in London, daß es außer einer kommunistischen oder unabhängigen, keine Regierung in Deutschland gibt, die einem derartigen Entente-Befehl nachzukommen gewillt ist. Jedenfalls muß sich Lloyd George bei der in der allernächsten Zeit stattfindenden folgenschweren Entscheidungen über den moralisch verwerflichen, und politisch närrischen Antrag der Kommission darüber im Klaren sein, daß die Forderung, vom Obersten Rat ausgesprochen, deutscherseits nur mit dem Rücktritt der Reichsregierung beantwortet wird. Und was dann geschieht, weiß niemand, jedenfalls alles andere, als das, was zum Wiederaufbau geeignet wäre.

Berlin, 15. Jan. Die Blätter sprechen einstimmig die Hoffnung aus, daß der Oberste Rat mit Rücksicht auf den Weltfrieden dem Beschluß der Pariser Sachverständigenkommission über die Auslieferung der deutschen Kriegsbeschuldigten nicht zustimmen wird. Sie meinen, daß die innerpolitische Unmöglichkeit zur Ausführung des Beschlusses auch heute noch besteht.

Der „Vorwärts" schreibt: So gleichgültig uns diese Leute sind, so wichtig ist uns das Schicksal der deutschen Republik. Es gibt kein besseres Mittel, sie in Aufruhr zu versetzen und ihre Feinde zu stärken, als die weitere Verfolgung des Sühnegedankens.

Die Blätter weisen weiter auf die von dem Beschluß abweichenden Urteile hin, die bisher in alliierten und neutralen Ländern über die Verfahren vor dem Reichsgericht abgegeben worden sind.

Das „Tageblatt" sagt: Der englische Solliciter General Sir Pollack, der den Verhandlungen in Leipzig beigewohnt hat, und der Attorney General Sir Hewaki, sprachen im englischen Unterhaus anerkennende Worte über den Verlauf der Prozesse. Ein eben in London erschienenes Buch von Claud Mullins über die Leipziger Prozesse führt die Freisprechung in der Mehrzahl der französischen Fälle auf die ungenügende Vorbereitung von französischer Seite zurück. Aehnliche Urteile liegen aus Italien, Belgien und Holland vor.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" schreibt: Die Auslieferung muß jeden Gedanken an einen gemeinsamen Wiederaufbau Europas im Keime ersticken.

Das Kabinett Poincaré.

t. Paris, 16. Jan. Das Kabinett ist endgültig gebildet. Es setzt sich wie folgt zusammen:
Vorsitz und Auswärtiges: Poincaré.
Vizepräsident, Justiz und Elsaß-Lothringen: Barthou.
Inneres: Maunory.
Krieg und Pensionen: Maginaud.
Finanzen: De la Sert.
Oeffentliche Arbeiten: Le Troqueur.
Unterricht und schöne Künste: Berard.
Befreite Gebiete: Reibel.
Arbeiten: Apeyronney.
Gesundheits- und Versicherungswesen: Dier.
Post- und Telegraphenwesen: Plafond.
Handel und Marine: Vidal,
sowie fünf Staatssekretäre unter Präsidentschaft von Celrat.

*

Das Kabinett Poincaré, das gestern gebildet worden ist, läßt in seiner Ministerliste zwei Namen vermissen, einmal die Namen Loucheur und dann denjenigen Tardieus. Das deutet natürlich darauf hin, daß auf die bisherige Politik in der Reparationsfrage verzichtet werden soll. Loucheur ist gerne nicht gefragt worden, ob er in das Kabinett eintreten wolle und Tardieu hat das Angebot abgelehnt. Im übrigen kann von dem Kabinett gesagt werden, daß ihm fast alle Parteien angehören.

Aussprache zwischen Poincaré und Lloyd George.

w. Paris, 15. Jan. Lloyd George hatte Samstag nachmittags von 4 bis ½6 Uhr in der englischen Botschaft eine Unterredung mit Poincaré. Daran anschließend verhandelte er mit den belgischen Ministern Theunis und Jaspar. Um 6 Uhr hatte Lloyd George eine Besprechung mit Briand. Nach dem „Matin" hat Poincaré mit Lloyd George alle aktuellen politischen Fragen durchgesprochen. Der englisch-französische Schutzvertrag werde so umgestaltet werden, daß Frankreich nicht die Rolle eines Bittenden zugewiesen würde und daß es größere Bürgschaften erlange. Was die Konferenz von Genua anlange, so sei die Unterschrift Frankreichs gegeben worden, aber Poincaré selbst werde sich nicht nach Genua begeben, sondern jedenfalls Viviani.

*

b. Paris, 16. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Ueber die Unterredung, die gestern zwischen Poincaré und Lloyd George stattfand, werden noch folgende Einzelheiten bekannt: Poincaré erklärte, er sei überzeugt, daß keine ernsten Konflikte zwischen beiden Ländern entstehen würden, es sei natürlich, daß es über verschiedene Fragen Meinungsverschiedenheiten gebe. Er hoffe, daß in den künftigen Verhandlungen, die gleich nach endgültiger Bildung seines Kabinetts beginnen könnten, in den wichtigsten Fragen Uebereinstimmung erreicht werden könnte. Dies sei notwendig, bevor man den französisch-englischen Vertrag unterzeichne. An zahlreichen Stellen der Welt ständen sich heute französische und englische Interessen gegenüber. Der Gegensatz müßte aus der Welt geschafft werden. Zum mindesten müsse eine Ausdehnung verhütet werden. Daher müsse man zuerst die Gesamtlage prüfen, die Frage der Reparationen, des europäischen Wiederaufbaus und des nahen Ostens. Wenn dies geschehen sei, dann sei es an der Zeit, dem Vertrag zwischen beiden Ländern seine endgültige Form zu geben. Poincaré brachte dann verschiedene Wünsche auf Abänderung oder Erweiterung des französisch-englischen Vertrages vor. Die Garantiedauer des militärischen Abkommens von 10 Jahren sei zu kurz. Der Vertrag müsse nach dieser Seite automatisch erneuert werden. Auch sei ein Zusatz erforderlich, daß England und Frankreich gemeinsam eingreifen würden, falls Deutschland Polen angreife. Poincaré hielt es ferner für wünschenswert, daß sofort Zusammenkünfte von französischen und englischen Generalstäblern eingeleitet würden, um die praktischen Einzelheiten im Falle einer Mobilisierung zu erläutern. Lloyd George erklärte, er wünsche vor allem die Frage der Reparationen und der Wiederherstellung der Lage in Europa erledigt zu sehen. Er lege großen Wert darauf.

Dann sprach man von der Konferenz von Genua. Poincaré erklärte, Frankreich werde diese Konferenz selbstverständlich beschicken aber er selbst werde nicht dort erscheinen.

Der vorläufige Zahlungsaufschub.

Die Haltung der Reparationskommission.

Paris, 15. Jan. Präsident Millerand hat gestern den Vorsitzenden der Reparationskommission Dubois empfangen.

Dubois gab über den Empfang folgende Erklärung ab:

Er habe den Präsidenten der Republik über den Gang der Ereignisse in Kenntnis gesetzt, die sich in Cannes in Bezug auf die Reparationsfrage abgespielt hätten. Die Kommission habe von Dr. Rathenau Erklärungen erhalten, die sich auf gewisse Schriftstücke stützten. Diese Schriftstücke würden zurzeit übersetzt und ihre zahlenmäßigen Angaben müßten sorgfältig kontrolliert werden. Wenn diese Arbeiten beendet seien, werde die Reparationskommission in voller Kenntnis der Sache urteilen und eine angemessene Entscheidung treffen können. Wenn jedoch die alliierten Mächte als Gläubiger Deutschlands selbst mit Deutschland verhandeln sollten, könne die Reparationskommission sich dem nur beugen. In diesem Falle werde der Oberste Rat selbst über das deutsche Ersuchen um ein Moratorium für das Jahr 1922 befinden. Die Kommission habe in Cannes nur einen vorläufigen Zahlungsaufschub gewährt. Wenn die Frage bei der Reparationskommission bleibe, werde diese sich nach sorgfältiger Prüfung aller Einzelheiten des Problems und aller ihr zur Verfügung stehenden Auskünfte aussprechen.

Eine Rede des Reichskanzlers

t. Berlin, 15. Jan. Im Augustiner-Verein, der zum Parteitag des Zentrums in Berlin versammelt ist, hielt gestern der Reichskanzler eine Rede. Er verbreitete sich in einstündiger Rede über die wichtigsten politischen Probleme. Er wies auf die bedrängte Lage des Reiches hin und die Reparationszahlungen. In der Tatsache, daß in Cannes Vertreter des Reiches sich befänden, erblickte der Kanzler einen gewissen Fortschritt. Man scheine zu erkennen, daß es sich jetzt um ein Weltprogramm handelt und nicht um ein deutsches. Der Konferenz von Genua widmete der Reichskanzler warme Worte und erklärte, daß jetzt im Innern keine Parteipolitik, sondern Staatspolitik getrieben werden müsse. Die Rede gab einen hoffnungsfreudigen Ausblick in die Zukunft.

Rückkehr der deutschen Delegation.

t. Berlin, 16. Jan. Die deutsche Delegation ist gestern wieder aus Paris in Berlin eingetroffen. Rathenau hat sich sofort in die Wilhelmstraße begeben, wo er eine längere Unterredung mit dem Reichskanzler hatte. Im Anschluß daran fanden Besprechungen mit den einzelnen Ressortministern statt, die bis in die späten Nachtstunden andauerten.

Amtlicher Optimismus.

t. Berlin, 15. Jan. Mitglieder der deutschen Abordnung heben hervor, daß ihnen von den interalliierten Delegierten ein äußerst höflicher Empfang bereitet sei. Die Verhandlungen wurden in den angenehmsten Formen geführt. Die auf der Konferenz herrschende Atmosphäre sei einer Verständigung recht günstig gewesen. Das Deutschland einstweilen wenn auch nur kurzfristig gewährte Entgegenkommen scheine zu guten Hoffnungen für eine endgültige Regelung zu berechtigen. Auch die Einladung zur Wirtschaftskonferenz in Genua eröffne günstige Aussichten für den Wiederaufbau Mittel- und Osteuropas.

Der neue Kurs.

(Von unserem Pariser Mitarbeiter.)

Paris, am 14. Januar.

Das längst Erwartete, vielfach Befürchtete, ist Ereignis: Herr Poincaré ist zur Liquidierung eines Krieges berufen worden, den er angezettelt hatte. Eigentlich die Logik selber. Man muß sich nur wundern, daß sie nicht schon früher durchbrach. Logik ist doch sonst nicht die schwache Seite der Franzosen.

Der Augenblick war so gewählt, wie ihn Herren der Welt wählen. Rücksichtslos, gebieterisch, selbstbewußt. Man rief berühmte Gäste ins Land und schickt sie wieder fort, als man ihrer überdrüssig ward.

Die Dinge schienen in Cannes stärker zu werden als die Menschen. Briand hatte vor seiner Abreise das formelle Versprechen gegeben, daß die Zukunft um keinen Fußbreit von der Vergangenheit abweichen würde. Daß Deutschland zahlen müsse, und daß bei den geringsten Verfehlungen die Sanktionen „spielen" würden, wie der schöne französische Ausdruck lautet.

In Cannes drang die Sturmflut auf Briand ein. Halb Europa wandte sich gegen Frankreich. Die Weltvernunft schien endlich zu erwachen. Lloyd George kam mit einem Wirtschaftsprogramm, das kein Wort von Gewalt und Sanktionen enthielt. In Genua sollten die Deutschen als gleichberechtigte Partei mitverhandeln und mitbeschließen dürfen. Im Obersten Rat wie in der Reparationskommission machten sich Strömungen bemerkbar, die auf eine Durchbrechung der französischen Diktatur in diesen Körperschaften abzielten. England zeigte sich bereit, den lang geforderten Garantievertrag zu schließen, aber unter Bedingungen, die der französischen Politik nicht entsprachen: Polen, das Schoßkind Frankreichs, der Pfahl im deutschen Fleische, sollte nicht in den Vertrag eingeschlossen werden!

Hoch schlugen die Wogen der Erregung in Paris. Mit einem Schlage sollten die Ergebnisse einer dreijährigen Nachkriegspolitik vernichtet werden. Deutschland wird der Willkür Frankreichs entzogen, es soll ein wirklicher Friede einziehen, der nicht mehr das alleinige Recht der Macht, sondern nur das Recht schlechthin anerkennt! Angesichts solcher Aussichten fragte sich der französische Machtpolitiker: „Wofür habe ich gefochten?"

Briand hatte die Hände nicht mehr frei. Er war durch tausend Rücksichten gebunden. Das beständige Schwimmen gegen den Strom, das keinem französischen Politiker von heute erspart bleibt, hatte seine Kräfte etwas abgestumpft. Sich jahrelang in Opposition mit der halben Welt zu befinden, dazu gehört eine Energie, die die Willenskraft eines einzelnen Menschen übersteigt. Es mußte eine neue Persönlichkeit her. Eine Persönlichkeit, deren Vergangenheit allein schon allen Gegnern einen Fingerzeig gibt, in welcher Richtung sich seine Politik in Gegenwart und Zukunft bewegen wird. Eine Persönlichkeit, die an sich schon ein Programm darstellt. Das ist in Frankreich Poincaré, die Verkörperung des Kriegsgedankens, das Symbol aller gallischen Machtgelüste. „Europa wollte mit uns spielen", schreibt Leon Daudet; „wir werden ihm zeigen, daß Frankreich nicht mit sich spielen läßt".

Es ist also kein „neuer Kurs", der sich in Frankreich vorbereitet; es ist einfach die kraftvolle Fortsetzung der Machtpolitik, die Betonung des Haßgedankens Deutschland gegenüber. Nach langem dumpfen Grollen entlud sich mit einem Male die wilde Energie der Chauvinisten: nun sind sie wieder oben, nun haben sie das Heft wieder in der Hand. „Wir haben doch ein klares Recht auf unserer Seite — oder nicht? Wer wagt es zu leugnen? Kennt ihr nicht den Vertrag von Versailles? Warum sollen wir betteln, wenn wir fordern können? Warum verhandeln, wenn wir diktieren können? Warum Konzessionen machen, wenn wir alles haben können?" So formuliert die „Action Francaise" die plötzlich wieder zu einem halb offiziellen Blatt geworden ist, die Mentalität der jetzigen Machthaber.

Poincaré braucht vorerst nur in die Fußstapfen seines Vorgängers zu treten. Er wird offiziell nichts verleugnen, was Briand versprochen und erreicht hat. Er wird keine neue Methode einführen, die Welt durch nichts erschrecken, außer mit seinem Namen. Er wird mit Lloyd George verhandeln und nach Genua gehen. Er wird von Frieden sprechen, von Völkerversöhnung. Man wird vorerst mißtrauisch sein, dann wird man sich einreden, daß der Wolf

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 6 Seiten.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

in der Nähe besehen, gar kein Wolf ist, sondern höchstens ein zahmer Hund, der wohl einst arg bellte und heulte, aber nicht beißt. Und alles wird seinen geregelten Gang gehen.

Alles? — Nein! Unmerkbar wird das Rad zurückgedreht werden. Frankreich selber sagt, daß es jetzt seinen besten Trumpf ausgespielt hat. Der Oberste Rat, die Reparationskommission werden nach und nach wieder ihre frühere Sprache annehmen. Die Intrigen rund um Deutschland herum werden wieder schärfer werden. Wir sind wieder im Januar 1919. Die Vernunft, die langsam sich wieder hervorwagte, kriecht wieder in den finstersten Winkel zurück. Die Politik, nicht die Wirtschaft ist das Schicksal ...

Danziger Fragen in Genf.

(Von unserem Danziger Vertreter.)

Auf die Tagesordnung der neuen Genfer Tagung des Völkerbundes waren auch wichtige Danziger Fragen gesetzt. Von besonderem Interesse ist der Punkt: Die Finanzlage der Freien Stadt, obgleich zur Stunde noch zweifelhaft ist, ob die Verhandlungen darüber nicht vertagt werden. Ihre Grundlage würde ein Bericht der Finanzkommission des Völkerbundes sein, die auf Antrag der Danziger Regierung durch zwei Sachverständige die Finanzlage der Freien Stadt untersuchen ließ. Freilich erklärte der Völkerbundsrat in seiner vorletzten Session, auch für den Fall, daß der Bericht eine Hilfsaktion als wünschenswert bezeichnen sollte, halte er sich zu einer solchen nicht für verpflichtet. Dennoch rechnen Danziger Kreise damit. Hoffen und harren....

Die schwierige Finanzlage des Freistaates wäre ein Kapitel für sich. An ihr ist im wesentlichen der Völkerbund selbst, Danzigs eigenartiger Schutzherr, schuld. Er spricht dem neuen Staate die für seine Verwaltung notwendigen Immobilien aus dem früheren deutschen und preußischen Staatseigentum nur gegen hohe Entschädigungen zu. Ein polnisches Blatt meinte, wenn Danzigs Forderungen an Gebäuden usw. bewilligt würden, so sei dafür einschließlich der Hälfte der Objekte des Hafenausschusses, die ebenfalls zu Lasten des Freistaates geht, 3.24 Milliarden Papiermark an die interalliierte Entschädigungskommission zu zahlen. Das Polenblatt hat nur stark übertrieben. Kam es ihm doch darauf an, nachzuweisen, daß eine Danzig besonders günstige Verteilung des ehemaligen deutschen Staatsgutes der Bevölkerung unerträgliche Lasten auferlegen würde. Enorm hoch aber sind zweifellos die Kosten für die zu übernehmenden unentbehrlichen Gebäude und Gelände im Verhältnis zu den rund 350 000 Einwohnern des Freistaates. Auch ein gut deutsches Blatt schreibt, daß bei dieser Belastung jeder neugeborene Danziger Staatsbürger von vornherein mit ein paar Tausend Mark Staatsschulden ins Leben tritt.

Ein anderer wichtiger Punkt der Genfer Tagesordnung ist die „Frage des Anlegehafens für polnische Kriegsschiffe in Danzig". Polen möchte hieraus kurzerhand einen Kriegshafen machen und ist auf dem besten Wege dazu. In Danzig sträubt man sich dagegen weniger aus Hoheitsgründen, als wegen der Schädigung, die ihm daraus als Handelshafenstadt droht. Die polnische Regierung will auch ein ständiges Munitionslager im Bereich des Danziger Hafens errichten. Dann befände er sich dauernd in Gefahr und fremde Schiffe würden nicht ermutigt, ihn anzulaufen. Folgender Fall zeigte das klar: Unlängst traf der lettische Dampfer „Gauja" mit 37 Tonnen französischer Sprengmunition ein. Es handelte sich nicht um moderne gesicherte Sprengstoffe, sondern zum Teil um altes Pulver, bei dem schon ein geringfügiger Anlaß zu fürchterlichen Katastrophen führen kann. Die Danziger Regierung veranlaßte zunächst, daß der Dampfer auf der Reede liegen blieb. Der polnische Generalkommissar bestand indes darauf, daß das Schiff zum löschen in den Hafen einfahren durfte und setzte beim Hafenausschuß seinen Willen durch. Bezeichnenderweise flüchteten jetzt die ausländischen Dampfer, d. h. sie ließen sich aus dem Freihafen herausschleppen, weil ihnen die Liegestellen in der Nähe der „Gauja" zu gefährdet erschienen. Das bewies am besten das Frevelspiel, das polnischer Machtdünkel mit Danzigs Sicherheit und Wohlfahrt treibt. Nun weigerten sich die Hafenarbeiter, die Entladung vorzunehmen. Doch wurden sie schließlich durch die Zahlung von 1000 M pro Mann für eine vierstündige Tätigkeit veranlaßt, ihren Widerstand aufzugeben. Auch soll ihnen für den Explosionsfall eine Lebensversicherung von 150 000 M versprochen worden sein. So siegte der polnische Machtstandpunkt, wenn auch mit erheblichen Geldopfern. Um Ruf und Gedeihen des Danziger Handelshafens kümmerten sich die Potentaten dabei nicht im mindesten.

Gespannt darf man noch sein, ob der Völkerbund das im Januar ablaufende einjährige Mandat des Oberkommissars Haking verlängert oder ihm einen Amtsnachfolger gibt. Auch innerpolitisch bedeutsame Verfassungsänderungen für den Freistaat sind zu erörtern. Was Wunder, daß man der Genfer Tagung in Danzig mit stärkstem Interesse entgegensah?

Inzwischen lief hier am 10. Januar die Frist, das Optionsrecht für Deutschland auszuüben, ab. Erfreulicherweise machten verhältnismäßig nur rund 6000 davon Gebrauch. Man hat Vertrauen zu der Kraft des Danziger Deutschtums, sich trotz polnischen und internationalen Ansturms zu behaupten. An demselben Tage um Mitternacht endete zugleich die Uebergangsfrist für die Danzig-polnische Zollunion. Technische Schwierigkeiten hatten diese Frist unumgänglich gemacht. Die neuen Zollbestimmungen traten am 11. Januar morgens in Kraft, jedoch gelten für alle Güter, die die deutsche Bahn bis zum 10. Januar abends nach Danzig angenommen hat, noch die bisherigen Zollsätze. Die Wirtschaftsgrenze soll nach Möglichkeit bereits vor dem 1. April abgebaut werden. Zumal die Danziger Textilindustrie ist darauf schon eingestellt. Lediglich die Valutagrenze besteht trotz des Fallens der Zoll- und Wirtschaftsgrenze über den April hinaus weiter. Polen erklärte sich vorläufig außerstande, auf eine Ueberwachung seiner Ausfuhrverbote in bezug auf Banknoten, Edelmetall und Preziosen zu verzichten. Reisende von Polen nach Danzig müssen sich auch fernerhin eine Leibesvisitation und bei vorliegendem Verdacht Gepäckdurchsuchung ganz nach dem Belieben der polnischen Zollbeamten gefallen lassen. Dagegen werden Personen, die vom Freistaat aus die Grenze nach Polen überschreiten, derartigen Plackereien nicht ausgesetzt sein. Sie brauchen nur ihren Personalausweis vorzuzeigen. Alles in allem werden die Danziger in Zukunft die Zollschranke nach Deutschland bitter empfinden, im Verkehr mit Polen von Unannehmlichkeiten und Scherereien aber keineswegs verschont bleiben.

Die Personalverhältnisse der Reichspostverwaltung.

Im Reichstagsausschuß für Beamtenangelegenheiten verbreitete sich der Berichterstatter Abg. Allekotte anläßlich der Vorschläge der Reichspostverwaltung über Reformen zur Verbilligung des Betriebes über die notwendigen Maßnahmen. Insbesondere hielt er die Personalverhältnisse für einer Verbesserung bedürftig. Es gebe zuviel höhere und zuviel mittlere Beamte und zuviel Aushilfskräfte. Die Kräfte seien vielfach nicht genügend vorgebildet. Die Zahl der Erkrankungen sei auffällig groß. Ueberzählige Kräfte müßten unbedingt entfernt werden. Ein Mißstand sei auch darin zu erblicken, daß die gleiche Verwendbarkeit der verheirateten Beamtinnen mit den Beamten angenommen wird. Redner macht eine Reihe von praktischen Vorschlägen, u. a. Verwendung von Stenotypistinnen, Einschränkung überflüssiger Schreibarbeiten usw., die er zu folgenden Vorschlägen verdichtete.

1. Durchführung der Personalreform bei den mittleren Beamten der Gruppen VI und VII (ehemalige Post- und Oberassistenten), wie sie bei den unteren Beamten und teilweise bei den doppelt geprüften Beamten der Gruppe VI bis X durchgeführt worden ist.

2. Entlassung bezw. Ueberführung an andere Reichsverwaltungen oder Betriebe aller überschüssigen Aushelfer, mittleren und höheren Beamten (etwa 30 000).

3. Verminderung der Referate und Dezernate bei den Oberpostdirektionen und Zurückführung auf den Vorkriegsstand durch Zusammenlegung jetzt getrennter Referate und Dezernate sowie entsprechende Verminderung des Büropersonals.

4. Verminderung des Aufsichtspersonals, die bei fast allen Verkehrsanstalten möglich ist.

5. Zweckmäßigere Bemessung der Arbeitsaufgaben an das Personal, so daß wirklich alle Beamten während ihrer 48stündigen Wochenleistung auch tatsächlich voll beschäftigt sind. Dienstbereitschaft ist nur mit der Hälfte der Zeit anzurechnen. Zwischen Tag- und Nachtdienst ist bei Berechnung der Dienstzeit wieder wie früher zu entscheiden.

6. Beschäftigung des Personals nach Befähigung und Leistung.

7. Beaufsichtigung der erkrankten Beamten durch Amtsvorsteher und Aufsichtsbeamte, strengere Verfolgung der sogenannten Drückeberger.

8. Ausdehnung der Befugnisse der Verkehrsanstalten zur selbständigen Entscheidung.

9. Durchgreifende Verminderung des Schreibwerks bei allen Verkehrsämtern, Oberpostdirektionen und beim Reichspostministerium.

10. Vereinfachung des Kassenwesens bei den Verkehrsanstalten, insbesondere bezüglich der Gehalts- und Lohnzahlung.

11. Verminderung der Telegraphen- und Fernsprechbauämter bis auf ein Bauamt für jede Oberpostdirektion.

12. Vereinfachung der Rechnungslegung der Verkehrsämter und der Nachprüfungsstellen bei der O.P.D.

13. Aenderung des Revisionsverfahrens bei den Verkehrsämtern. Die Verwaltung soll die Betriebe durch ihre Beauftragten mehr unterstützen als kontrollieren.

14. Schnellere Anpassung mit den Gebührensätzen an die Valuta, und zwar ebenso nach oben wie nach unten.

15. Abrundung der Gebührensätze zur Vereinfachung der Berechnung. Formularkarten sind in die Gebührensätze einzurechnen.

Durch Verwirklichung dieser Vorschläge glaubte der Redner, daß eine Herabsetzung der Gebührensätze sicher zu erreichen sei und daß auf diesem Wege eine Gesundung der Reichspostverwaltung im Interesse unserer Gesamtwirtschaft herbeigeführt werden könne.

Minister Giesberts entgegnete auf die Reformvorschläge des Abg. Allekotte, daß die von ihm gemachten Vorschläge größtenteils vom Ministerium bereits selbst geprüft wurden und die darauf bezüglichen Arbeiten mitten im Flusse seien. Viele beklagte Mißstände lägen in der Zeit begründet, in der die gesetzgeberischen Maßnahmen sich förmlich überstürzten. Gewisse Dinge seien also zwangsläufig; am guten Willen, Reformen zur Verbilligung zu suchen, fehle es im Ministerium nicht. Aber mit Sparsamkeit allein sei das Defizit nicht zu beseitigen.

*

Zur Eisenbahnreform.

Ingolstadt, 15. Jan. In einer von der Gewerkschaft bayerischer Staatstechniker einberufenen aus allen Kreisen der Eisenbahnbeamten und Arbeiterschaft sehr zahlreich besuchten Versammlung wurde eine Entschließung angenommen, in der die Entstaatlichung der Eisenbahnen abgelehnt wird. Im zweiten Teil der Entschließung wird eine stärkere Dezentralisation durch die Bildung von Gruppendirektionen verlangt.

Der Beamtenbund mit der neuen Erhöhung nicht zufrieden.

Berlin, 15. Jan. Die Presseabteilung des Deutschen Beamtenbundes teilt mit: Der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes hat den Bericht seiner Vertreter über die Besoldungsverhandlungen mit der Regierung entgegengenommen und erkennt deren Haltung an. Obwohl festzustellen ist, daß die vom Deutschen Beamtenbund aufgestellten Forderungen nach sozialer Gestaltung des Teuerungszuschlags im Prinzip verwirklicht werden sollen, kann er nach Prüfung aller Verhältnisse dem Vorschlag seiner Vertreter auf Annahme der von der Regierung angebotenen Regelung nicht beitreten. Er lehnt sie deshalb ab. Der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes wird seine Forderungen auf Erhöhung und sozialere Gestaltung weiter vertreten und behält sich die zur Durchsetzung seiner Forderungen notwendigen Maßnahmen vor.

Ludendorff und der Kapp-Putsch.

Berlin, 15. Jan. Der Reichsjustizminister hat auf die Anfrage der Abgg. Ledebour und Dr. Rosenfeld über die Beziehungen des Generals Ludendorff zum Kapp-Putsch geantwortet, es ergebe sich der Eindruck, daß General Ludendorff das Unternehmen mit sichtbarem Interesse begleitet habe; andererseits scheine es die Absicht der Führer des Unternehmens gewesen zu sein, bis zum „entscheidenden Augenblick" zu vermeiden, daß die Anteilnahme des Generals Ludendorffs tätige Mithilfe werde. Diese Absicht sei erreicht worden. Der Oberreichsanwalt habe daher die Frage, ob ein ausreichender Verdacht für eine strafbare Beteiligung des Generals Ludendorff an dem Kappschen Unternehmen gegeben sei, verneint, und der Reichsjustizminister trete dieser Auffassung bei.

Um das Saarland.

Eine der vielen Ungeheuerlichkeiten des Friedensvertrages von Versailles ist die Losreißung des Saarlandes von Deutschland unter dem Vorgeben, durch die Ausnützung der dortigen Kohlengruben Frankreich einen Ersatz zu schaffen für die zerstörten Kohlengruben Flanderns. Zwar sind diese zum großen Teil schon längst wieder hergestellt und in Betrieb, zum andern Teil bald wieder betriebsfähig. Aber das Saargebiet ist 15 Jahre lang von Deutschland abgetrennt und die Ausbeutung der Kohlengruben Frankreich zugesprochen, das sich trotzdem heftig dagegen wehrt, den Erlös aus der Saarkohle uns auf Reparationskonto gutzuschreiben. Neben diesem materiellen Vorteil verfolgt aber Frankreich ganz andere Pläne. Nominell und nach dem Friedensvertrag soll für die auf 15 Jahre bemessene Zwischenzeit das Saarland von einer internationalen Kommission nach „demokratischen Grundsätzen" verwaltet werden, wobei Frankreich eine „Polizeitruppe" zur Aufrechterhaltung der Ordnung stellen soll. Unter dem Deckmantel dieser Kommission, an deren Spitze natürlich ein Franzose steht, betreibt Frankreich systematisch den Plan, das Saargebiet auch innerlich von Deutschland loszulösen und so den Boden vorzubereiten, daß nach Ablauf der 15 Jahre die Bewohnerschaft des Saargebiets bei der vorgesehenen Abstimmung sich für Frankreich entscheidet. Daß die Kommission trotz ihrer internationalen Zusammensetzung durchaus im französischen Sinn tätig ist, erhellt am besten aus der Tatsache, daß sie vom Völkerbundsrat ernannt wird. Alle Welt weiß, daß im heutigen Völkerbundsrat Frankreich unumschränkt herrscht, und daß dort nichts geschieht, was nicht vorher die Billigung der französischen Regierung gefunden hat. Die Verwaltung Oberschlesiens und besonders die Entscheidung des Völkerbundsrats über Oberschlesiens Schicksal, sprechen in dieser Hinsicht Bände.

Wenn allerdings die unter französischem Einfluß handelnde Regierung des Saargebiets so fortfährt wie bisher, dann brauchen wir auch in 15 Jahren keine Sorge um den Ausgang der Abstimmung zu hegen. Von den übrigen Mitgliedern der Regierungskommission hört man überhaupt nichts, dafür aber umsomehr von ihrem Präsidenten Rault. Entgegen den klaren Bestimmungen des Friedensvertrages wird im Saargebiet eine ganz unverhältnismäßig starke französische Truppenmacht unterhalten, natürlich als „Polizeitruppe", obwohl die

Theater und Musik

Mitteilung des Bad. Landestheaters. Ein bedeutendes künstlerisches Ereignis steht dem musikliebenden Publikum Karlsruhes am Freitag, den 20. ds. bevor. An diesem Tag wird Professor Franz Schreker seine mit so großem Beifall aufgeführte Oper „Der Schatzgräber" am hiesigen Landestheater dirigieren. Das Werk in der Interpretation seines Schöpfers dürfte sich einer besonderen Zugkraft erfreuen. Es wird heute schon darauf aufmerksam gemacht, daß die Vorstellung mit Rücksicht auf die auswärtigen Besucher bereits um 5½ Uhr beginnt.

Bühnenfestspiele am Landestheater in Meiningen. Im Sommer 1922 sollen Festspiele stattfinden, die die Entwicklung der Schauspielkunst und der Kunst der Regie seit der großen Zeit der „Meininger" in einer Reihe von scharf ausgearbeiteten, anschaulich nebeneinander gestellten Vorstellungen zeigen sollen. Als Werbe- und Festschrift ist aus diesem Anlaß eine Broschüre erschienen, die kurz und klar die Ziele aufzeigt, die sich der Intendant Dr. Ulbrich gesteckt hat.

Zum „Reigen-Prozeß". Wie die „Voss. Ztg." hört, hat der Staatsanwalt die Berufung, die er gegen das freisprechende Urteil im „Reigen-Prozeß" eingelegt hat, zurückgezogen.

Die neue Spielzeit des Constanzi-Theaters in Rom wurde mit Wagners „Meistersingern" erfolgreich eröffnet; der deutsche Dirigent, Fritz Reiner aus Dresden wurde sehr gefeiert.

Albert Lortzing. Ein Lebensbild des berühmten Musikers unter besonderer Berücksichtigung seines Wirkens und Schaffens in Münster von Eugen Müller. 32 Seiten und Umschlag mit Abbildung der Mazzottischen Lortzingbüste. Aschendorff, Münster. 5 M. Zur Enthüllungsfeier der vom Bildhauer Albert Mazzotti geschaffenen Lortzingbüste hat der münsterische Lokalhistoriker eine Broschüre verfaßt, die das Lebensbild des volkstümlichen Komponisten in anschaulicher und fesselnder Weise vor Augen führt. Das hübsch ausgestattete Buch behandelt in fünf Abschnitten: 1. Lortzings Jugendzeit. 2. Lortzing in Münster. 3. Lortzing in Leipzig. 4. Lortzing in Wien und Berlin. 5. Münsterische Erinnerungen an Lortzing.

Richard Strauß wird im Januar in London eine Reihe von Konzerten dirigieren. Die Programme umfassen u. a. die Alpensinfonie, die bisher in England noch nicht gehört worden ist und daher auf besondere Anteilnahme rechnen darf.

Kunst und Wissenschaft

Die große Thoma-Ausstellung der Berliner Nationalgalerie. Die schwierigen Vorarbeiten sind nunmehr so weit gediehen, daß Ende dieses Monats die Ausstellung eröffnet werden kann. Die Besitzer Thomascher Gemälde geben sie natürlich nur sehr ungern her, aber da es sich hier um eine ganz besondere und höchst bedeutsame Veranstaltung handelt, so haben sie sich entschlossen, ihren kostbaren Besitz darzuleihen. Es wird das für die Besucher der Ausstellung deshalb so wesentlich sein, weil gerade während der glücklichsten Schaffenslehre Thomas seine Gemälde von Freunden und Bewunderern gekauft wurden, ohne in die Oeffentlichkeit zu kommen. Diese meist im Westen Deutschlands lebenden Besitzer Thomascher Meisterwerke haben ihre Schätze zum großen Teil bewahrt, und so sind sie breiteren Kreisen der Kunstfreunde nicht bekannt geworden. Was in Berliner Ausstellungen und Kunsthandlungen gezeigt wurde, hat nicht immer eine vollgültige Anschauung von seiner Meisterschaft gegeben. Vieles Wichtige, was durch den Kunsthandel gegangen ist, ist überhaupt verschollen und kommt hoffentlich bei dieser Gelegenheit ans Tageslicht. In den Kreisen unserer jüngeren Künstler sieht man der Ausstellung mit großer Spannung entgegen, da Thoma ihnen unter den Meistern des älteren Geschlechts nach Empfindung und Form am nächsten steht.

Ein Jugendwerk von Cranach entdeckt. Die spärliche Anzahl von Bildern aus Lukas Cranachs österreichischen Jugendjahren ist um ein bedeutendes Stück vermehrt worden, das B. Grimschitz in den „Bild. Künsten" veröffentlicht. Es handelt sich um eine Stigmatisierung des hl. Franz, die mit dem seinerzeit von Dörnhöffer erkannten hl. Valentin der Wiener Akademiegalerie nicht nur stilistisch völlig übereinstimmt, sondern ihm auch in den Maßen so nahe kommt, daß die einstige Zusammengehörigkeit der beiden Tafeln kaum zweifelhaft sein kann. Das Bild befand sich unbeachtet im Vorrat der österreichischen (Staats-)Galerie; nach erfolgter Reinigung wird es mit seinem alten Gegenüber vereinigt zur Aufstellung kommen. Die brausende Leidenschaftlichkeit und malerische Kühnheit des jugendlichen Cranach leben sich in diesem Bilde sehr charakteristisch aus.

Den Lehrern an der Akademie der Tonkunst in München Jani Szántó, Studienrat Dr. Rich. Gschren, Kammervirtuosen Karl Mellé und Kammervirtuosen Karl Wagner ist vom bayerischen Kultusministerium der Professortitel verliehen worden.

In Marburg verschied der Senior der theologischen Fakultät der dortigen Universität, Professor der systematischen Theologie, Geh. Konsistorialrat D. theol., jur. et phil. Wilh. Herrmann im Alter von 76 Jahren.

Berufung. Wie die „Hochschulkorrespondenz" erfährt, ist der durch die Berufung des Professors Pfeiffer nach Bonn erledigte Lehrstuhl der Chemie an der Technischen Hochschule zu Karlsruhe dem Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie in Berlin-Dahlem, a. o. Professor für anorganische Chemie an der Universität Berlin Dr. Alfred Stock angeboten worden. Prof. Stock ist 1876 zu Danzig geboren. Seit 1898 war er am Berliner chemischen Universitätsinstitut unter Emil Fischer tätig, erhielt 1904 die venia legendi in der Berliner philosophischen Fakultät, später die Ernennung zum Abteilungsvorsteher am genannten Institut sowie das Prädikat Professor. 1907 wurde Stock mit der Einrichtung des anorganisch-chemischen Instituts der im Bau befindlichen Technischen Hochschule Breslau beauftragt, 1909 wurde er etatsmäßiger Professor an dieser Hochschule. Ostern 1915 erfolgte seine Ernennung zum ord. Professor an der Universität Münster als Nachfolger H. Salkowskis. Ehe er die Münsterische Professur antreten konnte, erhielt er einen Ruf als wissenschaftliches Mitglied an das Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie in Berlin-Dahlem als Nachfolger von Geh. Rat Willstätter. 1916 siedelte er von Breslau nach Dahlem über. Michaelis 1921 erhielt er die Leitung des genannten Dahlemer Instituts als Nachfolger Ernst Beckmanns. Prof. Stock ist zurzeit Vizepräsident der Deutschen chemischen Gesellschaft, ferner langjähriges Vorstandsmitglied des Vereins deutscher Chemiker, Mitglied des Vorstandes des Verbandes der Laboratoriums-Vorstände an deutschen Hochschulen, Vorstandsmitglied im deutschen Ausschuß für technisches Schulwesen, Vorsitzender des Fachausschusses für Chemie der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft.

Personalien. Das durch die Emeritierung des Professors Heydweiller an der Universität Rostock erledigte Ordinariat für Experimentalphysik ist dem außerord. Professor Dr. Christian Füchtbauer in Tübingen angeboten worden. — In Breslau verschied der emerit. ord. Professor der Mathematik an der dortigen Universität, Geh. Reg.-Rat Dr. Jak. Rosanes, im 80. Lebensjahre. Seit 1870 dozierte er an der Breslauer Hochschule, 1903/1904 bekleidete er das Rektoramt. Seine bedeutenden wissenschaftlichen Leistungen lagen auf dem Gebiete der Algebra und Geometrie. — Wie wir hören, ist zum Abteilungsvorsteher am physiologischen Institut der Universität Kiel als Nachfolger des Professors Friedrich Klein Prof. Dr. med. et phil. August Pütter, Privatdozent in Bonn, ausersehen. — Wie verlautet, hat der außerord. Professor Dr. jur. et phil. Fritz Mann in Kiel den Ruf auf den Lehrstuhl der Staatswissenschaften in Königsberg als Nachfolger A. Hesses angenommen.

Sicherheitsverhältnisse im Lande nichts zu wünschen übrig lassen, und ein paar hundert Schutzleute und Landjäger völlig ausreichen würden. Aehnlich steht es mit der vom Friedensvertrag gewährleisteten „demokratischen Regierung". Sämtliche Parteien von der äußersten Rechten bis zu den Unabhängigen — nur die Kommunisten fallen auch dort ihren deutschen Landsleuten in den Rücken — haben sich in einer Beschwerde an den Völkerbundsrat in Genf gewandt, worin sie sich bitter über die Vergewaltigung der Bevölkerung durch die Franzosen beklagen. Sie haben eine Abordnung nach Genf geschickt, die dem zurzeit tagenden Völkerbundsrat auseinandersetzen soll, daß die Regierung des Saarlandes jedem Begriff, nicht nur von demokratischer, sondern überhaupt von moderner Regierung, Hohn spricht. Eine eigentliche Volksvertretung, die aus allgemeiner Wahl hervorgegangen wäre, gibt es natürlich überhaupt nicht. Was an kümmerlichen Resten der Selbstverwaltung noch übrig geblieben ist, sind die drei Kreistage von Saarbrücken, Saarlouis und Merzig. Diesen hat die französische Regierung jede Kundgebung irgend welcher Art verboten und schließlich überhaupt das Zusammenkommen untersagt. In Saarlouis z. B. fanden die Kreisboten das Kreishaus von französischem Militär versperrt, das den Eingang verwehrte. Die Mitglieder aller drei Kreistage haben sich privatim versammelt und Entschließungen angenommen, in denen sie sich gegen diese Vergewaltigung aufs schärfste verwahren. Einer der Führer der Unabhängigen, ein Augenarzt, hat den Mut gefunden, in einem offenen Schreiben an den Präsidenten Nault diesem ein ganzes Sündenregister vorzuhalten und ihm vorzuwerfen, daß sein ganzes Verhalten jedem Begriff von Demokratie ins Gesicht schlage. Wir freuen uns, anerkennen zu dürfen, daß gerade ein Führer der Unabhängigen diese tapfere Tat begangen hat. Dort, wo sie selbst unter dem schweren Druck des Feindes im Lande zu leiden haben, geht auch ihnen bald das Verständnis für de deutsche Volksgemeinschaft auf.

Gerade die Arbeiterschaft hat unter der französischen Mißwirtschaft ganz besonders schwer zu leiden. Die Franzosen versuchen mit allen Mitteln, die Mark durch den Franken zu verdrängen und die deutsche Währung durch die französische zu ersetzen, um dann auf diese Weise die wirtschaftliche Annäherung an Frankreich fördern zu können. Deswegen ist die Berechnung und Auszahlung der Löhne in Franken verlangt worden, bisher freilich vergebens. Außerdem hat aber die französ. Bergbauverwaltung einen starken Abbau der Löhne für Kohlengräber verfügt, und das hat so böses Blut gemacht, daß die Arbeiter bereits eine Abstimmung über einen allgemeinen Bergarbeiterstreik vorgenommen haben. Von 110 Vertretern haben 63 für und 47 gegen einen sofortigen Streik gestimmt, der somit mangels der erforderlichen Dreiviertelmehrheit noch vereitelt ist. Die Abstimmung bezog sich aber nur darauf, daß der Ausstand sofort, ohne irgendwelche weitere Verhandlungen, begonnen werden sollte. Wenn die somit beschlossenen Verhandlungen mit der französischen Regierung erfolglos verlaufen, steht ein Streik der gesamten Bergarbeiterschaft in sicherer Aussicht. Auch die Arbeiter haben sich mit Beschwerden an den Völkerbundsrat gewendet.

Klagen der Saarbewohner beim Völkerbundsrat sind freilich nichts Neues. Bei jeder Sitzung sind solche Beschwerden vorgebracht worden, um bisher noch jedesmal kurzer Hand als unbegründet abgewiesen zu werden. Infolgedessen haben sich die Saarländer entschlossen, diesmal die Beschwerden und Wünsche persönlich durch eine Abordnung in Genf vertreten zu lassen. Dabei soll auch zur Sprache gebracht werden, mit welcher Rücksichtslosigkeit die Franzosen versuchen, in den Schulen das Deutsche durch das Französische zu verdrängen. Auch das gehört zu den Mitteln der Franzosen, für später den Boden vorzubereiten. Wir haben wenig Hoffnung, daß unsere unerschrockenen Volksgenossen im Saarland, diesmal mit ihren Klagen und Beschwerden in Genf mehr Erfolg haben werden als bisher. Wir haben aber auch noch nichts davon gehört, daß unsere Regierung in Genf besondere Schritte getan habe, um den Wünschen der Saarländer beim Völkerbundsrat Förderung und Nachdruck angedeihen zu lassen. Es erscheint uns dringend notwendig, daß in dieser Hinsicht alles geschieht, was menschenmöglich ist. Unsern hartbedrängten Volksgenossens dort ist unsere herzlichste Teilnahme und jede nur denkbare moralische Unterstützung sicher. Wenn wir ihnen auch mit der Tat nicht helfen können, im Herzen sind wir bei ihnen.

Die deutschen Werke.

Die Entscheidung, die die Botschafter-Konferenz in Frankreich auf die Beschwerdenote der deutschen Regierung über den Betrieb der deutschen Werke gefällt hat, ist im Wortlaut bekannt. Daraus geht hervor, daß die optimistische Auffassung, mit der man der Veröffentlichung der Entscheidung entgegensah, nicht ganz berechtigt ist. Die Botschafter-Konferenz erklärt sich grundsätzlich mit den Anordnungen des Generals Nollet einverstanden. Der französische General hatte bekanntlich die Zerstörung eines großen Teils der Werke verlangt, um die nach seiner Ansicht sonst mögliche Waffenfabrikation zu verhindern. Die Botschafter-Konferenz hat aber angeordnet, daß zum Schutz der Arbeiterinteressen die nötigen Fristen bewilligt werden. Da sie dabei von der Durchführung der „Umstellung spricht, so ist nicht ganz klar, ob eine Zerstörung noch beabsichtigt ist. Man wird das Weitere abwarten müssen.

Die bayerische Koalitionsfrage.

München, 16. Jan. (Eig. Drahtmeldung). In Bayern sind bekanntlich schon einige Zeit Bestrebungen im Gange, die ehedem der bayerischen Regierung angehörige Bayerische Mittelpartei, die beim Weggang v. Kahrs und der Bildung der Regierung des Grafen Lerchenfeld ausgeschieden war, wieder in die Regierungskoalition mit einzubeziehen. Die Schwierigkeiten, die sich diesem Vorhaben bisher entgegenstellten, waren mehr auf dem Gebiete der Personenfrage als auf sachlichem Gebiete. Es war nun auch allerdings in letzter Zeit die Rede davon, daß man zur Ueberwindung dieser Schwierigkeiten eine weitere Umgestaltung in der Regierung vornehmen wolle, indem der Posten des Justizministers den Demokraten eingeräumt würde, die ihrerseits den Posten des Handelsministers der Mittelpartei überlassen müßten. Das war jedoch nur müßige Kombination. Ernstlich konnte man gar nicht daran denken ohne jeden triftigen Grund außer der Koalitionsfrage wegen einen Minister preiszugeben, der sich bestens bewährt hat. Richtig ist aber, daß die Personenfrage an sich gewisse Schwierigkeiten bot. Man spricht auch davon, daß innerhalb der Mittelpartei sich selbst Einflüsse der äußersten Rechten bemerkbar und geltend machten, die aus Gelingen des Vorhabens störten. Jedenfalls ist soviel Tatsache, daß heute die Mittelpartei einen Kandidaten zu präsentieren vermag, der allen Seiten genehm sein dürfte. Man erwartet daher in eingeweihten Kreisen, daß im Laufe der kommenden Woche die Entscheidung fallen wird.

Badische Politik

Ein Presseprozeß.

t. **Mannheim**, 15. Jan. Vor dem Schöffengericht hat sich ein Presseprozeß abgespielt. Wegen Beleidigung des Bürgermeisters Schmitt von Leutershausen hatte der Staatsanwalt gegen den Schriftleiter Zimmermann von der „Volksstimme" Klage erhoben. In dem Artikel war behauptet worden, Schmitt habe sich durch Freibier Stimmen zu seiner Wahl als Bürgermeister erkauft. Zimmermann wurde auf Antrag des Oberstaatsanwalts zu 200 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Aus Baden

(§) **Pforzheim**, 14. Jan. Der den Arbeiterverkehr zwischen Bretten und Pforzheim vermittelnde Kraftwagenzug konnte heute morgen die Straßensteigung am Neidlinger Wäldchen bei Bauschlott nicht nehmen und geriet nach hinten ins Rutschen. Der vollbesetzte Anhängerwagen kam zunächst quer vor den immer weiter nach hinten drängenden Motorwagen zu stehen und wurde schließlich mit großem Gepolter umgeworfen. Alle Fensterscheiben gingen dabei in Scherben. Die Insassen blieben sämtliche unverletzt und konnten den Wagen durch die Fensteröffnungen verlassen. Fast an der gleichen Stelle kippte bald darauf ein aus Bretten kommender, mit Herden beladener Wagen um, den ein 60 Jahre alter Mann aus Bretten als Fuhrmann begleitete. Der Aermste geriet unter den Wagen und erlitt schwere Quetschungen, die nach kurzer Zeit seinen Tod herbeiführten.

t. **Heidelberg**, 15. Jan. Zu dem Mordüberfall auf das Bahnwartshaus bei Steinsfurt wird noch berichtet, daß die Täter am Freitag abend gegen ½9 Uhr durch drei Fenster in die Wohnung des Bahnwarts Wanner mehrere Schüsse abfeuerten. Wanner erhielt dabei einen Schuß in die Brust, der die Herzschlagader verletzte und den alsbaldigen Tod herbeiführte. Der 26jährige Sohn wurde nur leicht verletzt, während die Frau des Bahnwarts nach dem ersten Schuß sich unter den Tisch verkroch und so unverletzt blieb. Gegen 11 Uhr nachts kam ein Mann an dem einsam gelegenen Bahnwartshäuschen vorbei und bemerkte, daß der Schuppen in Flammen stand, den die Mörder wahrscheinlich angezündet hatten, um ihre Tat zu verdecken. Als der Mann die Bahnwartsleute wecken wollte, hörte er Hilferufe und fand in der Wohnung den Bahnwart tot, den Sohn verletzt und die Frau in höchster Angst vor. Die sofort benachrichtigte Feuerwehr von Steinsfurt löschte den Brand.

Mannheim, 15. Jan. Das Hochwasser des Neckars geht langsam zurück, steht aber bis zum neuen Krankenhaus noch an den beiderseitigen Hochdämmen. Im Gegensatz zu den Vortagen fließt das Wasser nun wieder ruhig dahin und hat sich geklärt.

h. **Baden-Baden**, 15. Jan. Wie bereits gemeldet, weilt Oberbürgermeister Fieser zur Zeit in den Vereinigten Staaten und wurde vom Präsidenten Harding in längerer Audienz empfangen. Ueber die Mission Fiesers wurde bisher Stillschweigen bewahrt und zwar aus verschiedenen Gründen. Jetzt ist indessen soviel an die Oeffentlichkeit gedrungen, daß er die Reise auf Veranlassung des Stadtrats unternommen hat und daß es sich dabei um wichtige finanzielle Angelegenheiten handelt, die im Interesse der Stadt zum Abschluß gebracht werden sollen. Näheres hierüber wird wohl erst nach der Rückkehr des Oberbürgermeisters bekanntgegeben werden.

t. **Villingen**, 15. Jan. (Drahtbericht). Der Streik in der Württembergischen-Badischen Uhrenindustrie hat auf alle größeren Plätze wie Schramberg, Schwenningen, Furtwangen, Villingen, Triberg, St. Georgen, Föhrenbach und einige kleine Orte übergegriffen. Die Zahl der Ausständischen beträgt rund 43 500.

Aus dem Stadtkreise

Von der Albtalbahn.

Klagen über die ungenügende Art und Weise des Betriebes der Albtalbahn, besonders über unpünktliche Einhaltung des Fahrplanes und schlechte Beleuchtung und Heizung der Wagen, gaben dem Verkehrsverein erneut Anlaß, die Badische Lokal-Eisenbahn-A.G. um eine durchgreifende Verbesserung der Verkehrsverhältnisse auf der Albtalbahn zu ersuchen. Die Direktion hat dazu eingehend Stellung genommen und zugegeben, daß die Klagen im wesentlichen begründet sind. Störungen, die am 29. November v. J. auftraten, seien darauf zurückzuführen gewesen, daß der Umformer im Kraftwerk Ettlingen durchgeschlagen sei. Der elektrische Betrieb habe daraufhin eingestellt und durch den Dampfbetrieb mit einer einzigen Lokomotive zwischen Karlsruhe und Ettlingen ersetzt werden müssen. Schon vor 2½ Jahren habe die Direktion die Gewähr für einen geordneten Betrieb auf der Albtalbahn abgelehnt, nachdem ihr die nötigen Geldmittel nicht mehr zur Verfügung standen und die Verhandlungen über die Aufnahme eines staatlichen Darlehens, das den Anschluß der Bahn an das Murgwerk ermöglichen sollte, sich zerschlagen hatten. Sie habe damals ihrer Aufsichtsbehörde mitgeteilt, daß sie genötigt sei, ihre fünf badischen Linien stillzulegen, wenn ihr nicht Hilfe zuteil werde. Schließlich habe der badische Staat, wie bekannt, dem Kreis Karlsruhe einen größeren Zuschuß gewährt, um die Aktien der Gesellschaft übernehmen zu können und die Anlagen der Bahn zu verbessern. Nachdem der Kreis schließlich am 1. Januar 1921 die Aktien übernommen hatte, habe er sich der Frage der Betriebsverbesserung energisch angenommen und zunächst Sachverständigen-Gutachten eingeholt, die mit dem Ergebnis endigten, daß im September letzten Jahres die schon lange geforderten Umformer, die den Anschluß an das Murgwerk ermöglichten, bestellt worden seien. Die Anlage könne aber nicht vor Frühjahr in Betrieb genommen werden und bis zu diesem Zeitpunkt könne die Direktion keine Garantie für eine geordnete Betriebsführung übernehmen, Störungen würden bis dahin immer wieder vorkommen. Die Direktion hebt weiter hervor, daß sie angesichts ihrer ungünstigen finanziellen Lage stets auf die Unmöglichkeit hingewiesen habe, den Betrieb ordnungsmäßig zu unterhalten, aber im Interesse der beteiligten Gemeinden und der Angestellten habe sie sich immer wieder zur Weiterführung desselben entschlossen. Die Beheizung der Züge sei leider ganz unmöglich, weil die zur Verfügung stehende elektrische Kraft vollständig zur Beförderung der Züge gebraucht werde. Die wiederholt vorgekommenen Verspätungen der Züge seien so gut wie möglich auf den Stationen Karlsruhe, Ettlingen-Holzhof und Rüppurr bekannt gegeben worden, allerdings nicht auf unbesetzten Haltepunkten. Im übrigen sei es ausgeschlossen, die Verspätungen genau anzukündigen, die bei Versagung der Umformeranlage eintreten, da Reservelokomotiven nicht zur Verfügung ständen und alle vorhandenen Lokomotiven unaufhörlich die Züge zu befördern hätten. Sie würden dann durch Wasserneehmen, Kohlennehmen, Aufschlacken und auch durch unvermeidliche kleine Reparaturen von unvorhergesehenen Verspätungen betroffen werden, deren Dauer sich nicht immer im voraus übersehen lasse. Die Direktion sei sich vollkommen darüber klar, daß der Betrieb auf der Albtalbahn zurzeit äußerst mangelhaft sei, sie glaubt aber, mit gutem Gewissen versichern zu können, daß sie die Verhältnisse nicht verschuldet habe. Im übrigen sei aber, wie schon erwähnt, alles getan, um für das Frühjahr einen geordneten Betrieb zu schaffen, der dann auch dauernd so bleiben würde. Hoffen wir das Beste!

*

Eine Abendunterhaltung von sehr beachtlichen künstlerischen Graden bot am Samstag abend im Künstlerhaussaal die „Wirtschaftliche Vereinigung der Dentisten von Karlsruhe und Umgebung" ihren zahlreich erschienenen Mitgliedern. In dem musikalischen Teil der Feier hörte man sogar etwas ganz seltenes und reizvolles, was allein schon der Veranstaltung eine originelle Note gab, nämlich Vorträge für vier Celli. War auch die Komposition des ersten Stückes, eine Serenade von Franz Lachner, nicht besonders wertvoll, so obsiegte doch die vortreffliche Ausführung durch die Künstler vom Landestheater Keilberth, Fricke und Rauchfuß, denen sich zur Vollendung des Celloquartetts der in hiesigen Musikerkreisen seit Jahren hochgeschätzte durch den Instrumentalverein und in neuerer Zeit durch den Künstlerverein weiteren Kreisen bekannte Hugo Schilling gesellte. Der Genannte spielte auch mit ausgezeichneter Beherrschung seines Instrumentes und der Gefühlsgesättigtheit des echten Künstlers zusammen mit Landestheatermusiker Somann, der den Klavierteil und die Liedbegleitung des Abends übernommen hatte, einen Phantasiewalzer von Czibulka. Von dem zweiten Vortrag des Celloquartetts entzückte besonders der warme und innige Vortrag eines Wiegenliedes von Klengel die dankbar lauschenden Hörer. Die gesanglichen Vortragsnummern hatte in bestem Gelingen Freia Kühner mit Liedern von Schubert, Mendelssohn und H. Wolf übernommen. Ein vortreffliches Material, das besonders in der Höhe eine beglückende Kraft und Ausdrucksstärke zeigt, unterstützte den gut geschulten Gesang, der nach weiterer Ausfeilung und gleichmäßigerer Phrasierung die erfreulichsten Ausblicke eröffnet. Die dritte und heutzutage herrschende Kunstübung, den Tanz, hatte Fanny Bourgeau mit verschiedenen Nummern, von denen der Lannerwalzer die tanzmäßigste, der wiederholte Schubertsche „Augenblick" der malerischste war, übernommen. Die Tänzerin selbst wurde an dieser Stelle schon oft gewürdigt. Zuletzt aber wahrhaftig nicht als letzter im Sinne der Bewertung ist Landesschauspieler Paul Müller anzuerkennen. Mit seinen unverwüstlich humorvollen und geistig hochstehenden Vorträgen gab er muntere Zwischenakte und schließlich der ausgezeichnet verlaufenen Abendunterhaltung den frohlaunigsten Ausklang.

Ohnmachtsanfall. Am 14. d. Mts., vormittags 9.20 Uhr, erlitt ein Religionslehrer vor einem Hause in der Markgrafenstraße einen Ohnmachtsanfall. Er wurde durch Bekannte und Polizei nach seiner Wohnung verbracht, wo er sich bald wieder erholte.

Teppichdiebstähle. Am Freitag abend wurden aus einer Villa in der Jahnstraße hier drei Gebetsteppiche im Werte von 90 000 Mark entwendet. Die beiden Täter, die mittels Nachschlüssels in die Villa eindrangen, legten noch drei weitere Teppiche zur Mitnahme bereit, wurden jedoch von einer Hausbewohnerin überrascht, und warfen die übrigen entwendeten Teppiche weg, sodaß sie der Eigentümerin wieder zugestellt werden konnten.

Am gleichen Tage wurden in einer Villa in Maximiliansstraße zwei Teppiche einer von dunkelbrauner, einer von hellbrauner Farbe von unbekannten Tätern entwendet. Ferner wurden am Samstag abend aus einer Villa in der Kriegsstraße ein rotbrauner Perserteppich im Werte von 8000 Mark, ein kupferfarbiger Afghan-Teppich Wilhelminster im Werte von 21000 Mark, ein Kassan-Teppich mit rotem Grundton im Werte von 3000 Mark sowie ein etwas abgetragener schwarzer Fuchspelz im Werte von 1500 Mark von unbekannten Tätern entwendet. Es dürfte sich um dieselben Täter handeln, die auch in anderen Städten ähnliche Teppichdiebstähle verübten.

Festgenommen wurden: eine Kellnerin wegen Unterschlagung und Betrugs, eine Modellsteherin wegen Gewerbsunzucht, ein Küfer und eine Kellnerin wegen unehelichen Zusammenlebens, ein Kaufmann wegen Falschmeldung und falscher Namensangabe, ein Körbner wegen Falschmeldung und Uebertretung der Gewerbeordnung, eine Küfersehefrau wegen Uebertretung der Meldevorschriften, ein Handelsmann und ein Kaufmann wegen Obdachlosigkeit.

Sport-Spiel

F. C. Freiburg—Germania Brötzingen 2 : 3, Halbzeit 1 : 2.

Die schönste Wintersonne beleuchtete ein Spielfeld, daß für den Winter an Qualität, und eine Zuschauermenge, die an Leidenschaft nichts zu wünschen übrig ließ. — Es ging um die Wurst — und die Wurst ist für Freiburg endgültig verloren gegangen. Die Schuld? Es ist halt nicht mehr der alte Schwung in der Mannschaft. Allerdings leistete sich Nägele zeitweise Stückchen, die von einem Torwart der C-Klasse nicht übertroffen werden dürften. Das dritte Tor war unbedingt zu vermeiden. Brötzingen zeigte keine besonderen Leistungen. Die ganze Mannschaft spielte aber mit einem Ernst und einem Eifer, der mancher Elf zum Vorbild dienen könnte.

Ueber den Spielverlauf ist wenig zu sagen. F. F. C. war fast immer überlegen und drückte diese Ueberlegenheit durch zahlreiche Eckbälle aus. Brötzingen unternimmt mit guter Stürmerarbeit bisweilen gefährliche Vorstöße, die dann auch bald zum ersten Tore führen. Bantle, der überhaupt technisch eine Klasse für sich bildet, vermag kurz darauf für seine Farben den Ausgleich zu erzwingen. Brötzingens fleißiger Halbrechter sendet dann zum zweiten Male ein. Nach Halbzeit versuchte es F. F. C. mit Umstellungen, doch alles ist bei der zahlreichen und guten Verteidigung der Brötzinger vergebens. Beide Parteien schießen noch ein Tor, Brötzingen nur mit Nägeles Hilfe, und dann trennt der scharfe Pfiff des guten Schiedsrichters die Gegner. — In Karlsruhe soll man sich ins Fäustchen gelacht haben. Bk.

Gerichtssaal

t. **Heidelberg**, 16. Jan. Zu dem heute beginnenden Siefertprozeß sind als Sachverständige geladen: Bezirksarzt Medizinalrat Dr. Holl, Professor Dr. Gruhle von der psychiatrischen Klinik, Gerichtschemiker Dr. Popp aus Frankfurt a. M. und Waffenmeister John. Zu dem Prozeß sind 93 Zeugen geladen.

Verschiedene Drahtmeldungen

Bürgerstreik in Weimar.

t. **Weimar**, 16. Jan. In Weimar ist die Arbeiterschaft in einen Sympathiestreik mit den Transportarbeitern eingetreten. Von den Arbeitern des Bürgerbundes ist darauf der Bürgerstreik erklärt worden.

Verurteilter Plünderer.

Berlin, 15. Jan. Vor dem Schwurgericht begannen gestern die Prozesse wegen der Plünderungen, die Arbeitslose im November des Vorjahres in zahlreichen Berliner Geschäften ausführten. In einem Falle wurde der Arbeiter Wenzel, der sich an der Plünderung eines Fleischerladens in der Danziger Straße beteiligte, wegen schweren Landfriedensbruchs zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Ein anderer Arbeiter, der von einem Plünderer ein Stück Fleisch erhielt, wurde wegen Hehlerei zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Lloyd George wieder in London.

London, 15. Jan. Lloyd George ist heute wieder in London eingetroffen.

Kiautschau.

w. **Washington**, 15. Jan. Japan hat der Unterstellung Kiautschaus unter chinesische Verwaltung zugestimmt.

Amtliche Nachrichten

Ernennungen, Versetzungen usw.

Kultus und Unterricht.

Verliehen.

Dem Oberregierungsrat Heinrich Baumann bei der Eisenbahngeneraldirektion Karlsruhe die Amtsbezeichnung ordentlicher Honorarprofessor an der Technischen Hochschule Karlsruhe für die Dauer seiner Zugehörigkeit zum Lehrkörper der Hochschule.

Den Privatdozenten an der Universität Freiburg Dr. Karl Amersbach, Dr. Hans Böker und Dr. Paul Lindig für die Dauer ihrer Zugehörigkeit zum Lehrkörper der Universität die Dienstbezeichnung außerordentlicher Professor.

Versetzt:

Professor Dr. Friedrich Weick von der Oberrealschule Mannheim an jene in Konstanz, Handelslehrer August Marx von der Handelsschule in Furtwangen an jene in Bretten.

Zuruhegesetzt:

Verwaltungsassistent Wilhelm Göbelmann an der Universität Heidelberg auf Ansuchen.

Tagesanzeiger

Montag, den 16. Januar 1922.

Landestheater. 2. Literarischer Abend (Rokoko). 7½ Uhr.

Colosseum. Neuer Varieté-Spielplan. 8 Uhr.

Künstlerhaus. Karlsruher Streichquartett. 7½ Uhr.

Gesangverein Badenia Karnevalgesellschaft.

Am **Sonntag, den 29. d. Mts., nachmittags 3 Uhr,** im **großen Saale der Festhalle**

Große Damen- und Fremdensitzung.

Von heute ab Kartenausgabe im Lokal **„Alte Brauerei Kammerer“** am Buffet gegen Vorzeigen der Mitgliederkarte zum Preise von Mk. 3.50. Für Nichtmitglieder 6 Mk. einschl. Einlaßgebühr und Lustbarkeitssteuer. Es ist ratsam, die Karten frühzeitig zu holen.

Der Elferrat.

Güterbestätterei

Eugen v. Steffelin

Prompte Abholung und Zustellung von Eil- und Frachtgütern sowie Wagenladungen

Frachtgut Teleph. 2 u. 432
Eilgut Telephon 602

Herrenstärkwäsche u. Hauswäsche

jeder Art auch nur zum Waschen bei schonendster, pünktlichster Bedienung

Waschanstalt Bardusch

Karlsruhe Kreuzstr. 7, Tel. 2101 — **Ettlingen** Telephon 61.

Neuanlegen und Instandhaltung

von Haus-, Zier-, Obst- und Gemüsegärten, sowie das Schneiden der Formobstbäume und Balkonkästenbepflanzung übernimmt hier und auswärts bei billigster Preisberechnung

Paul Bardenwerper

Kunst- und Landschaftsgärtner
Karlsruhe i. B., Postfach 4.

Offeriere billigst: Obstbäume, Beerenobst, Stauden, Zierpflanzen, Sämereien und Düngemittel.

Seydel & Co. Bankgeschäft

Jägerstr. 59/60 Berlin W 8 Tel. Zentr. 2778, 13267

Wöchentliche Börsenberichte
Kolonial- u. unnotierte Werte,
junge Aktien — Vermögens-Verwaltung.

Freiburger Münster-

Geld-Lotterie

Ziehung am 25. bis 31. Januar.

1 Million

Hauptgewinn 150 000 Mark
„ 100 000 „
„ 75 000 „
„ 50 000 „
Lose zu Mk. 6.—.
Porto und amtliche Liste Mk. 3.—.

Bank- u. Lotteriegeschäft
Hans Groth, Hamburg 9, Eichhoz 54, I.

Die glückliche Ankunft eines gesunden Söhnchens zeigen hocherfreut an

Professor Dr. von Gierke
und Frau Julie, geb. Braun

Karlsruhe, 14. Januar 1922.

Offene Stellen

Aelteres, zuverlässiges **Alleinmädchen,** welches gut bürgerlich kochen kann, wird für sofort gesucht bei hohem Lohn und guter Verpflegung zu älterem, kinderlosem Ehepaar. Gute Zeugnisse erforderl. Angebote unter Nr. 8365 ins Tagblattbüro erbeten.

Tüchtige Köchin

auf 1. Februar gesucht. Zu melden mit Zeugnissen täglich von 9–11 und 2–4 Uhr.

Frau **Louis Stern**
Jahnstraße 22.

Putzfrau gesucht

für drei Tage der Woche, je zwei Stunden. Angebote unter Nr. 8866 ins Tagblattbüro erbeten.

Empfehlungen

Ihr Paßbild

in wenigen Minuten nur im **Photograph. Atelier,** Herrenstr. 38.

Verkäufe

1 fahrbares Gatter, moderne Bauart, schwere Konstruktion, 800 Durchgang,
1 fahrbare Motorbandsäge
und
1 neue Mammutkreissäge mit Rollisch
zu verkaufen. Besichtigung bei
Mittelbad. Holzindustrie
Dinglingen.

Kaufgesuche

Ich suche
Wohnhaus
mit 3–6 Zimmerwohnungen in gut. Wohnlage zu kaufen. Evtl. Barzahlung. Gefl. Angeb. unt. Nr. 8860 ins Tagblattbüro erb.

Vornehme Existenz

großer, sicherer Gewinn bietet sich arbeitsfreudigen Herren jed. Standes durch die Uebernahme des Alleinvertriebes eines Riesenschlagers und leichtverkäuflichen Gebrauchsartikels. Branchekenntnisse nicht erforderlich, da große Reklame-Unterstützung nach Anleitung vom Stammhaus erfolgt. Erford. Kapital 14–20 000 Mk. je nach Größe des Bezirks. Angebote unter Nr. 8813 ins Tagblattbüro erbet.

Wir suchen für den provisionsweisen Ankauf.

gebrauchter Wein- und Sekt-Flaschen

einen tatkräftigen Vertreter, der über ausreichende Lagerräume für das Einsammeln verfügt.

John Schütt & Co. m. b. H.,
Hamburg, Jungfernstieg 30, Hamburger Hof.

Kupferner Badeofen

für Holz- u. Kohlenfeuerung **zu kaufen gesucht.** Angebote unter Nr. 8648 ins Tagblattbüro erbet.

! Felle !

Marder, Füchse, Iltisse, Maulwürfe, Kanin, Roßhaare, Damenhaare
kaufen jedes Quantum
J. Lupolianski & Co,
Zähringerstr. 28, 2. Stock, Telephon 1446.

Gänselebern

kauft zu höchsten Preisen
W. Kaier,
Rintsstraße 14.

Gänselebern

werden fortwährend zu den allerhöchsten Tagespreisen angekauft
K. Möser,
Kreuzstraße 20, 2. Stock

Gänselebern

werden fortwährend zu den allerhöchsten Tagespreisen angekauft.
G. Meeß, geb. Stürmer,
Erbprinzenstr. 21, 2. St.

Gänselebern

kauft fortwährend zu den **allerhöchsten Preisen**
Carl Pfefferle,
Erbprinzenstraße 23.

Tapeten

Reichhaltigste Ausw. niederste Preise. **kein** Aufschlag. Uebernahme von Tapezierarbeiten.
H. Durand,
Douglasstraße 26.
Tel. 2485 b. d. Hauptp.

Haare im Gesicht

Sie können sofort sicher, leicht und mit absoluter Gewißheit alle lästigen Haare aus ihrem Gesicht entfernen, ohne Furcht vor Schmerz, Schäden od. Narben, durch den gesetzlich geschützt. „Wikö-Haarentferner“ DRGM. 581 232.

Preis M. 10.—, Nachnahme M. 12.— franko bei **H. Bieler,** *Kaiserstraße 223, zwischen Douglas- und Hirschstr.*

Die Grippe

tritt erschreckend auf. Nehmen Sie sof. ab mit **Sanitas-Grippetee** u. **Sanitas-Hustentee** à P. 15 M. Besond. wirks. mit **San.-Fenchelhonig** à 6 M. in der Kronen- u. Stadtapotheke Karlsr.

PLAKATE

liefert rasch und preiswert
C. F. Müllersche Hofbuchhandlg. m. b. H.

Amtliche Eilgut-Bestätterei
Werner & Gärtner
Telephonruf für An- und Abfuhr der Eilgüter **2980.**

Schwäbischer Merkur
das Blatt der Schwaben
Stuttgart
gegründet 1785

Aelteste und bedeutendste nationale Tageszeitung Südwestdeutschlands, berichtet eingehend über alles was im Reich u. in Schwaben vorgeht / Regelmäßig politische Leitartikel / Wertvolle literarische Beiträge / Theater- u. Kunstbriefe / Ausgedehnter Handelsteil.

Colosseum.
Ab heute
der neue sensationelle
Varieté-Spielplan
Näheres an den Anschlagsäulen.
Anfang **8** Uhr.

Besuchs-Karten

in großer Auswahl und hübscher Ausführung liefert rasch und preiswert
C. F. Müllersche Hofbuchhandlung m. b. H.
Ritterstr. 1. Tel. 297.

RESIDENZ-Lichtspiele
Waldstraße 30 — Waldstraße 30

Nur noch heute und morgen
Die Abenteuerin von Monte Carlo
Marokkanische Nächte
5 Akte
In der Hauptrolle
Ellen Richter
Eduard von Winterstein
Hermann Picha, Magnus Stifter
Die Aufnahmen wurden auf einer Expedition gemacht, die über Basel, St. Gotthard-, Mailand, Genua, Gibraltar, Monte Carlo, Madrid, Tours und Paris führte.
Aus der Sammelmappe der Universal.

Voranzeige:
Ab Mittwoch, den 18. Januar 1922
Die Bettelgräfin vom Kurfürstendamm
Das Mädchen aus der dunklen Gasse
Großstadtbild in 6 Akten v. **H. Ortmann**
In der Hauptrolle: **Lee Parry.**

Bad. Landestheater.
Montag, den 16. Januar. 7½–9 Uhr. **Mk. 15.—**
Th. Gem. B. V. B. r. 2601–3100
II. Literarische Abendfeier
Rokoko (Alt-Leipzig).

Die Erfahrung aller Großinserenten geometrisch ausgedrückt

Erfolg der Anzeigen — Geschickte Aufmachung der Anzeigen — Karlsruher Tagblatt bestbewährtes Insertionsorgan — Baraufwendung

$A^2 + B^2 = E^2$

Herrn Collins Abenteuer.

Roman von **Frank Heller.**

(Copyright 1922 by Georg Müller in München.)

(12) (Nachdruck verboten.)

Am Donnerstag, den 1. Mai, war es ein recht veränderter und demütiger Herr Kenyon, der gegen zwölf Uhr zur Scotland-Yard kam, um sich nach neuen Details zu erkundigen. Mit ironischer Höflichkeit hatte sich nämlich die Detektivzentrale beeilt, Herrn Kenyon alle ihre Hilfsmittel zur Verfügung zu stellen. Voll stummer Gebete, daß die Mächte doch einen neuen Anhaltspunkt gesandt haben möchten, stellte er die gewöhnlichen Fragen an einen der Beamten, nur um die gewöhnliche Antwort zu erhalten: Nichts Neues, Mr. Kenyon! Und er war schon im Begriff, sich wieder zu entfernen, als der junge Beamte ihn zurückrief:

„Einen Augenblick, Mr. Kenyon“, sagte er. „Vielleicht habe ich doch etwas, was Sie interessieren kann. Das heißt, ich glaube nicht, daß es von Bedeutung ist. Das Kontor der London County and Westminster Bank in Holborn hat uns mitgeteilt, daß sie regelmäßig Posten falscher Münzen unter dem Geld gefunden haben, das ihnen von einem ihrer Kunden eingelegt wurde, M. Adolphe Lavertisse, der ein Kuriositätengeschäft Southampton Road 128 hat. Die Bank selbst legt kein Gewicht darauf, da sie mit M. Lavertisse schon seit ein paar Jahren in Geschäftsverbindung steht und er ein ansehnliches Guthaben bei ihnen hat. Aber vielleicht kann es doch zu irgendeiner Spur führen.“

„Nicht wahrscheinlich“, sagte Kenyon bitter, „in dieser verdammten Affäre führt nichts zu einer Spur. Wie lange hat dieser Lavertisse das Geschäft?“

„Ich glaube, zwei Jahre.“

„Nun ja, ich werde gelegentlich zu ihm hineinschauen. Guten Morgen!“

Kenyon ging in womöglich noch schlechterer Laune, als er gekommen war. Pfui Teufel, war das eine Angelegenheit! Und binnen vierundzwanzig Stunden mußte er über die Verbrecher im klaren sein!

Ja, das sah wahrscheinlich aus, ein rasches Ende von Mr. Kenyons Laufbahn schien so gut wie sicher. Denn die letzte Theorie, die er noch übrig hatte, versprach auch nicht viel mehr Ausbeute als die anderen. Was sollte er nun mit diesem Lavertisse machen? Er sah auf seine Uhr, die gerade zwölf zeigte, und fand es zu früh, um den Lunch zu nehmen, weshalb er zehn Minuten später aus einem in aller Eile genommenen Taxi vor M. Lavertisses Geschäft in Southampton-Road ausstieg. Man konnte ja immerhin vor dem Lunch einen Blick hineinwerfen.

M. Lavertisses Geschäft nahm das ganze Erdgeschoß eines alten dreistöckigen Hauses ein, und seine Auslagefenster, die künstlerisch arrangiert waren, zeigten eine bunte Sammlung aller erdenklichen Kuriositäten. Indisches Porzellan, alte Holzschnitte von Cruikshank, eine Serie Zeichnungen von Aubrey Beardsley, Kupferstiche nach Bildern von Lancret und Boucher, gehämmerte arabische Metallarbeiten, eine Serie grotesker Menus von zehn Diners, gegeben vom Marquis von Anglesea, ein Taktstock, der Leoncavallo gehört hatte, ein Notenheft, Bizet signiert, und ein anderes, den Namen Sullivan tragend — solche Dinge füllten in wohlberechneter Unordnung das Schaufenster. Gerade über der Front war ein Anschlag angebracht, der fragte: Do you collect? und die stolze Antwort trug: Then there is nothing we cannot procure.

„M. Lavertisse scheint ein Mann zu sein, der seine Sache versteht,“ murmelte Kenyon, und trat in den Laden. Dieser war für den Augenblick leer, aber aus dem Raum daneben hörte man zwei Stimmen. Was sie sprachen, konnte Kenyon nicht unterscheiden, aber er glaubte zu merken, daß die Sprache französisch war. Die Stimmen waren energisch, aber gedämpft, und die Redenden schienen erregt zu sein. Plötzlich gelang es Kenyon, ein Wort zu unterscheiden, und es interessierte ihn, denn es war das Wort police. Dann kamen die Stimmen näher, und einen Augenblick später traten zwei Männer aus dem dahinter liegenden Zimmer ein, dessen Eingang von einer Draperie verborgen war. Beide waren ungefähr von derselben Größe und hatten schwarze Augen, aber während der eine glattrasiert war und korrekt gescheiteltes schwarzes Haar hatte, war der Kopf des anderen von einer üppigen roten Mähne umrahmt, und sein Gesicht schmückte ein buschiger, roter Schnurrbart.

Ein rothaariger Franzose, das habe ich, by Jove, noch nie gesehen, dachte Kenyon; ein Irländer meinetwegen, aber ein Franzose hat schwarz zu sein, so ist es von der Vorsehung bestimmt.

Während die beiden Herren, von denen der Rothaarige offenbar der Ladenbesitzer war, voneinander Abschied nahmen, schnappte Kenyon noch ein Wort auf, Professor, was ein scherzhafter Titel zu sein schien, da er von dem schwarzhaarigen Herrn an den roten gerichtet wurde. Der erstere ging dann fort, bestieg ein Auto und fuhr davon. Kenyon begann nun einige Fragen in der Falschmünzerangelegenheit an den Rothaarigen zu richten.

Aber M. Lavertisse zeigte sich nicht sehr entgegenkommend. Man hatte ihm falsches Geld angehängt, aber er konnte die Quelle nicht angeben. „Das kann heutzutage jedem Geschäftsmann passieren, daß er falsches Geld in die Kasse bekommt,“ sagte er kurz. „Die Polizei steht ja dieser Verbrecherbande ratlos gegenüber; und von dem jungen Herrn in der „Daily Mail“, der sie herausgefordert hat, hört man doch auch nichts.“

Kenyon wurde rot und beeilte sich, das Gesprächsthema zu wechseln. In einer Ecke des Fensters lagen ein paar schöne japanische Holzschnitte, er sprach den Wunsch aus, sie sich anzusehen. Er war ein leidenschaftlicher Sammler und beschloß nach kurzer Prüfung, die Holzschnitte, eine Serie von neun Stück, zu erstehen.

„Was ist der Preis?“ fragte er.

„Achtzehn Pfund, Sir, für alle neun. Zwei Pfund das Stück.“

„Hm, das finde ich teuer.“

„Nein, Sir, verzeihen Sie, das ist nicht teuer. Ueberdies sind das Dinge, die noch unerhört an Wert steigen werden. Wir führen nur erstklassige Ware, Sir.“

Obgleich noch durch die Anspielung auf die „Daily Mail“ verletzt, mußte Kenyon innerlich zugeben, daß der Mann recht hatte. Er nahm zwei Zehnpfundnoten heraus, steckte die zwei Pfund ein, die er zurückbekam, und bat, die Sachen zuzuschicken. Inzwischen kamen zwei junge Männer von gewöhnlichem Kontoristenaussehen von der Straße herein, nickten dem Ladenbesitzer zu und begaben sich in das rückwärtige Zimmer. „Mit einem raschen „Sie entschuldigen, Sir?“ ging M. Lavertisse ihnen nach. Kenyon beeilte sich unterdessen, den Laden einer Prüfung zu unterziehen, konnte aber nichts Verdächtiges finden, und guckte dann rasch durch eine Spalte der Draperie in das anstoßende Zimmer. Die beiden jungen Männer hatten einen größeren Haufen Silber- und Goldmünzen vor M. Lavertisse aufgestapelt, und dieser war damit beschäftigt, Posten in ein Geschäftsbuch einzutragen. „Alles scheint hier allright zu sein,“ sagte sich Kenyon mit einem Seufzer. „Vergessen Sie nicht, mir meine Sachen zu schicken,“ rief er und verließ das Lokal.

(Fortsetzung folgt.)